



**Eine Nachricht aus der "Auslandsabteilung der DFLP
an die globalen politischen Parteien bezüglich der ICC-Entscheidung
Die Haftbefehle gegen israelische Straftäter stellen die Glaubwürdigkeit des
internationalen Systems und seines Rechtsrahmens wieder her**

Die Erste Vorverfahrenskammer des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) hat am 21. November 2024 zwei Haftbefehle gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu und seinen Verteidigungsminister Yoav Gallant erlassen. Ihnen wird vorgeworfen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben, darunter Mord, Verfolgung und andere unmenschliche Handlungen, sowie Kriegsverbrechen, wie die Anwendung von Hunger als Methode der Kriegsführung. Diese Entscheidungen wurden von den 18 Richtern des Gerichts einstimmig getroffen. Darüber hinaus hat der Gerichtshof am 26. September 2024 zwei einstimmige Urteile zur Ablehnung von Anträgen Israels erlassen. Mit dem ersten Antrag wurde die Zuständigkeit des IStGH für die Situation im Staat Palästina und ihre Anwendbarkeit auf israelische Bürger in Frage gestellt, während mit dem zweiten Antrag die Aussetzung des Verfahrens bezüglich der Haftbefehlsanträge beantragt wurde.

Im Januar 2024 haben Mexiko und Chile den Ankläger des IStGH mit der Situation in Palästina befasst und um eine Untersuchung möglicher Verbrechen im Rahmen der Gerichtsbarkeit des IStGH gebeten. Es folgten Eingaben von mehreren Ländern und Menschenrechtsorganisationen, die Israel Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord vorwarfen. Mitte Mai desselben Jahres beantragte der Ankläger des IStGH bei der Ersten Vorverfahrenskammer den Erlass von Haftbefehlen im Zusammenhang mit der Situation im Staat Palästina. Diese Entwicklung löste erheblichen Druck seitens einiger westlicher Länder auf die IStGH-Richter aus, um die Gerichtsverfahren zu beeinflussen und die Ausstellung von Haftbefehlen gegen israelische Beamte zu verhindern. Israel wurde unterdessen durch westliche Zusagen beruhigt, dass keine derartigen Haftbefehle ausgestellt werden würden.

Da Israel es jedoch versäumt hat, die von seinen Streitkräften im Gazastreifen und im Westjordanland begangenen Kriegsverbrechen zu untersuchen, und da das Verbrechen des Völkermords im Gazastreifen aufgrund der weit verbreiteten Demonstrationen in den Städten der Welt, die ein Ende des Tötens des palästinensischen Volkes forderten, zu einem weltweiten öffentlichen Thema wurde, hatten die IStGH-Richter - gebunden an ihren juristischen Eid - keine andere Wahl, als Haftbefehle zu erlassen. Diese Entscheidung stützte sich auf verfügbare Beweise, Dokumente und Daten, zumal der Ankläger des IStGH zuvor versucht hatte, israelische Siedlungen in der Nähe des Gazastreifens zu besuchen, ihm aber der Zutritt zu dem Gebiet verwehrt wurde, was offenbar ein israelischer Versuch war, die Arbeit des IStGH zu behindern.

Obwohl der IStGH bereits in der Vergangenheit Haftbefehle ausgestellt hat, haben die Haftbefehle gegen Netanjahu und Gallant aufgrund der wachsenden internationalen Bedeutung der palästinensischen Sache und des umfassenden Schutzes, den Israel und seine Führer durch westliche Staaten genießen, weltweit große Aufmerksamkeit erregt. Diese Führer haben sich lange Zeit der Rechenschaftspflicht vor der internationalen Justiz entzogen, obwohl sie zahlreiche Verbrechen gegen das palästinensische Volk im Besonderen und die arabischen Völker im Allgemeinen begangen haben. Dies ist das erste Mal in der Geschichte der internationalen Justiz und des palästinensisch-israelischen Konflikts, dass gegen israelische Beamte Haftbefehle erlassen wurden - ein historischer Präzedenzfall, den alle Länder, auch die, die das Römische Statut nicht unterzeichnet haben, respektieren und umsetzen sollten. Die Haftbefehle sind nicht nur ein Sieg für Palästina und die Familien der Märtyrer, die dem anhaltenden Völkermord der israelischen Armee im Gazastreifen und im Westjordanland zum Opfer gefallen sind, sondern auch ein Sieg für die Gerechtigkeit, das Völkerrecht und die Werte der Menschheit.

Die Bedeutung dieser Haftbefehle liegt darin, dass sie auf israelische Beamte an der Spitze der faschistischen Hierarchie des Staates abzielen und zeigen, dass "Israel als Staat" mit all seinen Institutionen für die Verbrechen gegen das palästinensische Volk in Gaza und im Westjordanland verantwortlich ist. Daraus ergeben sich mehrere Implikationen:

Erstens: Es ist klar, dass diese Haftbefehle in einigen Ländern Debatten auslösen werden, trotz der hohen Professionalität der IStGH-Richter, die aus mit Israel verbündeten Staaten stammen. Dies spiegelt die Doppelmoral und politische Heuchelei bei der Behandlung ähnlicher Fragen wider, insbesondere im Vergleich zu der weit verbreiteten Zustimmung der gleichen Länder zum Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten.

Zweitens: Bloße Erklärungen der internationalen Gemeinschaft, insbesondere der westlichen Staaten, dass sie die Entscheidungen des IStGH respektieren und sich zu ihnen bekennen, sind unzureichend. Sie müssen mit Strafmaßnahmen gegen den Besatzerstaat einhergehen, ähnlich wie bei den Sanktionen gegen andere Nationen, die sich gegen staatliche Einrichtungen und Personen richten, die mit offiziellen Stellen in Verbindung stehen.

Drittens: Die Länder, die Waffen an Israel liefern, müssen diese Unterstützung einstellen. Deutschland beispielsweise hat ausdrücklich erklärt, dass seine Haltung zu Waffenlieferungen an Israel nach der Entscheidung des IStGH unverändert bleibt, was die Notwendigkeit eines verstärkten Drucks auf waffenliefernde Staaten und Unternehmen verdeutlicht. Dieses Problem erstreckt sich auch auf Militärunternehmen und zivile Einrichtungen, die der israelischen Armee Ausrüstung für militärische Zwecke zur Verfügung stellen.

Viertens: Internationale Organisationen, insbesondere UN-Organisationen und regionale Gremien, müssen Netanjahu und Gallant verbieten, auf ihren Plattformen zu sprechen oder an politischen Diskussionen oder Foren teilzunehmen. Zivil-, Gesundheits-, Bildungs- und Kulturorganisationen auf der ganzen Welt sollten alle Beziehungen zu Israel und seinen Institutionen abbrechen und diese Beziehungen neu bewerten, um zu vermeiden, dass sie einen Staat unterstützen, der derzeit vom höchsten internationalen Gerichtshof wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verfolgt wird.

Unabhängig vom Schicksal dieser Haftbefehle bleiben sie ein unauslöschliches Zeichen der Schande für Netanjahu und seine Unterstützer, selbst im Tod. Die Haftbefehle stellen eine gewisse Glaubwürdigkeit der internationalen Justiz- und Rechtssysteme wieder her, die aufgrund ihres Versagens, Israel für die Missachtung des internationalen Willens zur Rechenschaft zu ziehen, bis hin zum Erlass von Gesetzen, die UN-Organisationen wie das UNRWA als terroristische Organisationen einstufen, erodiert war. Damit steht die Welt an einem Scheideweg, an dem die Glaubwürdigkeit der Systeme auf die Probe gestellt wird, die nach dem Zweiten Weltkrieg zur Gewährleistung der globalen Sicherheit und Stabilität geschaffen wurden.

Während über die Motive des IStGH für die Ausstellung dieser Haftbefehle viel spekuliert wird, ist es unbestreitbar, dass der Schritt des Gerichts ohne die Opfer und die Standhaftigkeit der palästinensischen Bevölkerung in Gaza, im Westjordanland und in Jerusalem nicht möglich gewesen wäre. Dies ist eine eindeutige Anklage gegen den faschistischen Charakter des Besatzungsstaates unter der Führung von Netanjahu und seinen Koalitionspartnern, den Säulen des zeitgenössischen Faschismus (Ben-Gvir und Smotrich).

Diese Haftbefehle zielen auf die Spitze der israelischen Verbrecherhierarchie ab, aber diese Hierarchie ruht auf einer breiten Basis. Es ist daher unerlässlich, dass der IStGH seine Verfolgung auf andere Kriegsverbrecher innerhalb des Besatzungsstaates ausweitet, einschließlich Minister, Offiziere und Sicherheitsbeamte, deren Verantwortung für die Verbrechen gegen das palästinensische Volk nicht weniger bedeutend ist als die von Netanjahu und Gallant.

Wenn Israel von seiner Unschuld und der Einhaltung des Völkerrechts überzeugt ist, sollte es den Angeklagten gestatten, vor Gericht zu erscheinen und ihre Beweise vorzulegen. Israels verzweifelte Bitten um sofortige Unterstützung durch die Vereinigten Staaten und westliche Verbündete zeigen jedoch, dass es wenig zu seiner Verteidigung vorzubringen hat und stattdessen auf wiederholte

Anschuldigungen des Antisemitismus und andere Taktiken zurückgreift, um von seinen Verbrechen gegen das palästinensische Volk abzulenken.

Die Abteilung für Auswärtige Angelegenheiten der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas begrüßt den Erlass von Haftbefehlen gegen den israelischen Premierminister und den Verteidigungsminister durch den Internationalen Strafgerichtshof. Wir betrachten diesen Schritt als den Beginn eines langen, unermüdlichen Kampfes, an dem alle Verfechter von Freiheit, Demokratie und internationalem Recht, einschließlich des allgemeinen und humanitären Rechts, beteiligt sind, um den Grundsatz "keine Straffreiheit" aufrechtzuerhalten, der es der israelischen Armee seit 1948 ermöglicht hat, ihre Verbrechen fortzusetzen. Werden die Täter nicht zur Rechenschaft gezogen, würde dies einer Komplizenschaft des internationalen politischen, rechtlichen und juristischen Rahmens bei diesen Verbrechen gleichkommen.

Gleichzeitig verurteilen wir die Haltung der US-Regierung gegen den IStGH, seine Richter und Urteile. Diese Haltung offenbart die wahren Absichten der Vereinigten Staaten, die versuchen, das internationale System und seine Institutionen - wie die Vereinten Nationen, den Internationalen Gerichtshof, den IStGH und andere Einrichtungen - zu untergraben und sie durch eine von den USA dominierte globale Ordnung zu ersetzen, die auf militarisierten Beziehungen und Bündnissen beruht und in direktem Widerspruch zu den Grundsätzen der Demokratie und dem Recht der Völker steht, in Frieden und Sicherheit auf ihrem Land zu leben und gleichzeitig ihre Wirtschaft und Ressourcen zu entwickeln.

Die internationale Gemeinschaft muss ihre Institutionen verteidigen und der Politik der USA entgegentreten, indem sie deren Pläne zugunsten einer multipolaren Weltordnung durchkreuzt, die die kulturelle Vielfalt und das Recht der Nationen respektiert, politische Systeme zu wählen, die ihren Interessen dienen.

Wir rufen alle Staaten, Unterzeichner und Nicht-Unterzeichner des Römischen Statuts, auf, den Internationalen Strafgerichtshof als Instrument der internationalen Justiz zu unterstützen und ihn vor dem Druck des Westens und der USA zu schützen, der darauf abzielt, seine Rolle zu lähmen oder die Vollstreckung von Haftbefehlen gegen Netanjahu, Gallant und andere, die nachweislich Kriegsverbrechen gegen das palästinensische Volk begangen haben, zu behindern. Volksbewegungen, politische Parteien und Gewerkschaften auf der ganzen Welt werden aufgefordert, ihre Bemühungen zu verstärken, um Druck auf Staaten auszuüben, die dem Völkerrecht feindlich gegenüberstehen, und sich für Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht einzusetzen, während sie gleichzeitig alle Verbindungen zu israelischen Kriegsverbrechern abbrechen.

Demokratische Front für die Befreiung Palästinas
- Abteilung für auswärtige Angelegenheiten -
November 2024